



Ruhrrevier: Abstiegs- oder Zukunftsregion?

Dr. rer. oec. Christopher Cosack und Dr. rer. oec. Kai van de Loo, Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt), Essen

Die wirtschaftliche und soziale Situation des Ruhrreviers – der einstigen industriellen „Herzkammer“ Deutschlands, mit 5,4 Mill. Einwohnern noch immer einer der größten und am dichtesten besiedelten urbanen Ballungsräume Europas sowie nach wie vor eine der traditionsreichsten und bekanntesten Industrieregionen der Welt – wird in der öffentlichen Diskussion häufig in düsteren Farben gemalt. Erst recht gilt das für die Zukunft sowie für revierfern erstellte Darstellungen und Prognosen.

Aus der Nähe und „vor Ort“ betrachtet wirkt das Gesamtbild nämlich sofort sehr viel bunter. Außerdem machen sich natürlich auch und gerade in einer solchen klassischen Industrieregion die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche und allgemeine Standortprobleme in Deutschland besonders bemerkbar. Doch zweifellos gibt es hier auch erhebliche spezifische Probleme. Die Arbeitslosigkeit ist in den meisten Revierstädten seit langer Zeit überdurchschnittlich hoch, die Einwohnerzahl geht insgesamt zurück, gleichzeitig steigt der Anteil älterer Bürger schneller als in anderen Teilen des Lands. Vor allem aber steckt die Region weiterhin mitten in einem ökonomischen Strukturwandel. Die früher dominierenden Montanindustrien haben sich beschäftigungsmäßig Schritt für Schritt zurückentwickelt – allein im Steinkohlenbergbau sind in den letzten 50 Jahren rund 500 000 Arbeitsplätze verloren gegangen – und stehen vor weiteren Strukturanpassungsprozessen, während das regionale Wirtschaftswachstum und die Entfaltung anderer, heute sehr viel stärker strukturprägender Wirtschaftszweige bisher nicht genügend neue Arbeitsplätze haben entstehen lassen.

Das Ruhrrevier im „Zukunftsatlas“ von Prognos

Dies ist jedoch nur eine sehr grobe Beschreibung des Ist-Zustands, die aus ökonomischer Perspektive keine generellen und eindeutigen Voraussagen für die Zukunft erlaubt. So hat das Handelsblatt kürzlich auf Basis einer neuen Studie der Prognos AG vom Juli 2004 über die Zukunftsaussichten aller 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland („Zukunftsatlas 2004“) ein recht differenziertes Bild der Ruhrkommunen vermittelt.

Während nach diesem Ranking etwa Gelsenkirchen in der Tat als Stadt mit „Zukunftsrisiken“ gilt – wenngleich noch besser platziert als viele

Die Studie des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung „Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation“ verleiht dem Ruhrgebiet den Titel „größte westdeutsche Abstiegsregion“. Dies ist Grund genug, sich mit dieser Studie sowie mit einzelnen Aspekten des Strukturwandels im Ruhrgebiet tiefergehend zu beschäftigen. Dabei finden auch die Einschätzungen weiterer namhafter Forschungsinstitute – insbesondere der Prognos AG – Berücksichtigung. Wie so oft stellt sich die Wirklichkeit viel facettenreicher, aber auch hoffnungsvoller dar, macht man sich erst einmal die Mühe, genauer hinzusehen.

insbesondere ostdeutsche Kommunen mit „hohen“ oder „sehr hohen Zukunftsrisiken“ –, wird zum Beispiel für Essen, Bochum, Herne oder Recklinghausen ein ausgeglichener Chancen/Risiko-Mix angegeben – nicht anders eingestuft ist etwa die Bundeshauptstadt Berlin. Dortmund zählt sogar zu den „stillen Stars“, die zumindest den ökonomischen „Turnaround“ geschafft haben, ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verzeichnen und bei denen Einwohnerzahl und Beschäftigung wieder wachsen.

Berlin-Institut: Abstiegsregion Ruhrrevier

Neben solchen differenzierten Analysen gibt es allerdings auch sehr oberflächliche Darstellungen und Bewertungen wie etwa die der im April 2004 vom Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung veröffentlichten Studie „Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation“. Darin – und die regionale Presse hat dies sogleich als Schlagzeile aufgegriffen – wird das Ruhrrevier als „größte westdeutsche Abstiegsregion“ etikettiert und unter anderem die langjährige Subventionierung des Ruhrkohlenbergbaus dafür mitverantwortlich gemacht, weil sie den Strukturwandel verzögert habe; das haben einige interessierte politische Kreise sofort als Begründung für eine totale Abschaffung der Kohlehilfen instrumentalisiert.

Die Frage, ob die Alternative dazu, nämlich ein frühzeitiger „Sturzflug“ des Steinkohlenbergbaus mit allen seinen drastischen sozialen (und energiewirtschaftlichen) Konsequenzen, der Region

besser gedient hätte, wird dabei ausgeblendet. Genauso ignoriert wird die Tatsache, dass die Kohlehilfen seit Jahren deutlich zurückgehen und das Ruhrrevier dadurch einen entsprechenden Verlust an Wertschöpfung und Kaufkraft erlitten hat.

Doch auch andere Aussagen über den „Ruhrpott“ erscheinen ziemlich einseitig und klischeebeladen – Klischees finden übrigens auch in anderen Länderteilen der Studie reichlich Verwendung. So konzentriert sich das Kapitel über Nordrhein-Westfalen fast ausschließlich auf die Ruhrgebietsproblematik und erzählt in modischem „Storytelling“ und Boulevardstil eine Kurzgeschichte vom Aufstieg und Niedergang der Montanindustrie, dem „schweren Abschied von Kohle und Eisen“. Diese „alte Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets“ würde Nordrhein-Westfalen noch immer ihren Stempel aufdrücken. Vorherrschend seien „stagnierende Branchen“. Dagegen seien Hightech-Betriebe im Gegensatz etwa zu Bayern und Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Lediglich die „Freizeitindustrie“ habe im Ruhrrevier erfolgreich zugelegt. Beispielhaft genannt werden unter anderem das CentrO in Oberhausen, die Zeche Zollverein in Essen oder das Alpincenter in Bottrop – mithin als ehemalige Standorte der Schwerindustrie allesamt Beispiele für einen gelungenen kontrollierten Strukturwandel.

Durch die „Flucht aus den grauen Städten“ des Reviers sei es allerdings in den ländlichen Regionen von Nordrhein-Westfalen zu einem Bevölkerungsgewinn und auch höheren Geburtenraten gekommen. Das Revier sähe dagegen buchstäblich immer älter aus. Einen Überhang gebe es nur bei jungen Ausländern, was soziale Spannungen erhöhe. Auch das wirtschaftliche Herz Nordrhein-Westfalens läge heute nicht mehr an der Ruhr, sondern in den „blühenden“ Großstädten und Dienstleistungszentren der Rheinschiene, also in Düsseldorf, Köln und Bonn.

Kritische methodische Würdigung der Studie „Deutschland 2020“

Die Studie des Berlin-Instituts gibt vor, lediglich den bestehenden demographischen Trends Ausdruck verleihen zu wollen, die als Tatsachenbeschreibungen – soweit zutreffend – tatsächlich kaum zu kritisieren sind. Doch die Studie Deutschland 2020 macht gleichzeitig zum Teil weitreichende ökonomische Aussagen und verknüpft diese mit expliziten oder impliziten politischen Bewertungen, die als solche nicht kenntlich gemacht werden. Dabei sind die behaupteten ökonomischen Zusammenhänge fast überall sehr verkürzt und die Bewertungen oft mehr als fragwürdig.

Soweit man den hier verwendeten demographischen Trends Prognosecharakter zubilligen kann, muss man von einer Status-quo-Prognose sprechen, einem allenfalls wahrscheinlichen Szenario auf Basis heutiger Gegebenheiten. Demographie ist schließlich kein Naturgesetz, sie kann nur aufzeigen, wohin es in Zukunft gehen könnte, wenn sich an den gegenwärtigen Trends nichts

ändert. Eine eindimensionale, rein demographische Ursachenanalyse ist aber für Voraussagen auch über ökonomische Trends unzureichend. Die weitere ökonomische Entwicklung hängt nicht nur von der Fortschreibung bisheriger demographischer Trends ab, sondern auch von den künftigen politischen Rahmenbedingungen, vielfältigen schwer voraussehbaren gesellschaftlichen Veränderungen sowie den Innovations- und Anpassungsprozessen in der Wirtschaft. Prognosen über 15 bis 20 Jahre sind deshalb schon sehr problematisch und diskreditierende Etiketten wie „Abstiegsregion“ sowieso.

Das Bewertungsraster der Studie wird an 22 Indikatoren mit selbst gestricktem Notenschlüssel (mit „Schulnoten“ von 1 bis 6) sowie bedenkenloser Aggregation und Durchschnittsbildung der Einzelnoten festgemacht. Die Indikatoren betreffen im Einzelnen die Bereiche:

- ⇒ Demographie,
- ⇒ Wirtschaft,
- ⇒ Ausländer-Integration,
- ⇒ Bildung,
- ⇒ Familienfreundlichkeit und
- ⇒ Flächennutzung,

wobei es sich durchweg um quantitativ gut erfassbare Daten aus historischen Zustandsanalysen (etwa Kinderanzahl pro Frau nach Erhebungsstand 2003, Bruttoinlandsprodukt im Mittelwert 1999 bis 2001 oder Arbeitslosenanteil 2001) handelt. Das ist natürlich ein selektives Vorgehen, das alle anderen qualitativ wichtigen Aspekte und weniger leicht erfassbaren Daten ausschließt sowie in der Bewertung nur eine Scheinobjektivität vermittelt. Auch finden andere methodische Ansätze, vor allem aus der ökonomischen Theorie und Praxis, keine Berücksichtigung.

Die Prognos AG, Basel, beispielsweise unterscheidet in ihrem Zukunftsatlas 2004 zwischen den Teilindizes Stärke und Dynamik und schließt damit nicht methodisch aus, dass sich ein heute beobachteter Trend in der Zukunft umkehrt. Dazu legt Prognos unter anderem Branchenprognosen bis zum Jahr 2020 zu Grunde, um darauf basierend die Dynamik und Zukunftsfähigkeit von Regionen zu beurteilen. Für die Beurteilung insbesondere einer Region im Strukturwandel scheint dies eine durchaus angebrachte Vorgehensweise zu sein.

Dass sich eine Bevölkerungsentwicklung nicht einfach fortschreiben lässt, zeigen auch Einflussfaktoren, die sich im Zuge von Wanderungsbewegungen direkt verändern. Beispielsweise liegen im gezielten Stadtumbau infolge eines Bevölkerungsrückgangs auch Chancen – insbesondere die, den Abwanderungstrend zu stoppen. Wie das abgestimmte Vorgehen beim Rück- und Umbau einzelner Wohnsiedlungen der großen Immobilienunternehmen im Ruhrgebiet zeigt, ist dies nicht allein Aufgabe und im Interesse der Kommunen. Des Weiteren dürfte die Pro-Kopf-Ausstattung an öffentlicher Infrastruktur – mithin ein nicht unerheblicher Faktor für die Attraktivität einer Region – mit der Abnahme der Bevölkerung in einzelnen Bereichen ansteigen. Insbesondere dort, wo eine hohe Bevölkerungsdichte in der Vergangenheit zu einer Übernutzung der öffentlichen Infra-

struktur geführt hat, kann eine Region damit in gewissem Maß von Abwanderung profitieren.

Ohne den tiefgreifenden Strukturwandel und die fortbestehenden Strukturprobleme des Reviers im Geringsten zu leugnen – die kennen die Revierbürger selbst schließlich am besten –, kann die pauschale Darstellung des Ruhrgebiets als eine Ansammlung grauer, verfallender und sich entleerender Städte voller Industriebrachen und geschundener Landschaften aus empirischer Sicht nachdrücklich zurückgewiesen werden. Das Revier im Allgemeinen und auch seine heutigen Industrieunternehmen im Besonderen sind sozial, ökonomisch und kulturell höchst vital. Nicht zufällig ist unlängst die Stadt Essen als Repräsentantin des Ruhrgebiets zum NRW-Kandidaten für die Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010 nominiert worden. Auch der Himmel über der Ruhr ist längst wieder blau, und Stadt- und Landschaftsbilder der Region stecken voller Attraktionen.

Ebenso mehr von Vorurteilen geprägt als durch Fakten belegt ist die Behauptung der Studie, im Revier fehle es an „Hightech-Betrieben“ und Spitzentechnologie – lediglich die Freizeitwirtschaft sei an die Stelle der Schwerindustrie getreten. Tatsächlich gibt es im Ruhrgebiet eine der dichtesten Forschungs- und Technologienetzwerke in ganz Deutschland, hier haben vor allem Spitzenunternehmen der deutschen Energiewirtschaft ihre Haupt- und Stammsitze, und Hightech-Betriebe gibt es über (wie auch unter) Tage jede Menge.

So kommt es nicht von ungefähr, dass Prognos die Stadt Dortmund als einen der zehn stillen Stars in der Bundesrepublik identifiziert hat, obwohl hier ganze Industriezweige weggebrochen sind. Dortmund besitze weit bessere Zukunftschancen als andere Ruhrgebietsstädte, da hier der Strukturwandel angenommen und aktiv gestaltet worden sei. Insbesondere gestützt auf die Bereiche IT- und Mikrosystemtechnik wächst die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in Dortmund dreimal so schnell wie im Bundesdurchschnitt, so das Ergebnis der Prognos-Untersuchung.

Allgemein empfiehlt Prognos die Förderung so genannter Wachstumskerne, die dann infolge ihrer Entwicklung ihr Umfeld mitziehen. Besonders günstig erscheinen die Perspektiven dort, wo eine historisch gewachsene Spezialisierung konsequent ausgebaut und modernisiert wird. Im Ruhrgebiet könnte da neben der Logistik und der Energietechnik unter anderem auch an die Bergbautechnologie gedacht werden. Denn wie die Prognos-Analyse zeigt, ist es durchaus ein weites Spektrum an regionalen Spezialisierungen auch aus unerwarteten Bereichen, die einer Region zu einer Erfolgsgeschichte verhelfen. So profitiert der Kreis Vechna beispielsweise von einer Spezialisierung auf die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette vom Landmaschinenbauer über den Futtermittelhersteller bis hin zu Nahrungsmittelherstellern und speziellen Logistik-Firmen. Die Ansiedlung führender Solartechnikhersteller im Ruhrgebiet, die Erforschung der Erdwärmenutzung im Rahmen einer privatwirtschaftlich universitären Zusammenarbeit und die Entwicklung sowie der Einsatz von Techniken zur Grubengasnutzung

sind nur einige Beispiele dafür, wie im Ruhrgebiet im Rahmen historischer Spezialisierung aufgrund des verfügbaren Know-hows neue Industriezweige entstehen können. Viel Hoffnung wird insbesondere auf das Referenzkraftwerk zur effizienten Kohlenutzung gesetzt, das mit Blick auf den großen Ersatzbedarf an Kraftwerken in Deutschland innerhalb der nächsten Jahrzehnte und auf die Exportchancen für moderne Kohlekraftwerkstechnologien vom Land gefördert und von den hier ansässigen Energieunternehmen geplant wird.

Unhaltbare Aussagen zu den Steinkohlesubventionen

Nicht nur der Zustand und die Entwicklungsperspektiven des Reviers sind viel weniger „deprimierend“ als in der Studie des Berlin-Instituts behauptet wird, auch die Kausalanalysen zur bisherigen Entwicklung sind nicht sachgerecht. Dass der (Steinkohle-)Politik beziehungsweise den Subventionen für die „sterbende Steinkohle“ expressis verbis eine Mitschuld sogleich für die gesamte wirtschaftlich „schwache Entwicklung Nordrhein-Westfalens“ gegeben wird – weil durch sie die anstehende Modernisierung der Wirtschaft gebremst worden wäre –, ist als Aussage des Jahrs 2004 unhaltbar.

Das gilt erst recht, wenn konkrete politische Empfehlungen abgegeben werden wie in den Schlussfolgerungen der Studie („Wege in die demographische Zukunftsfähigkeit“) auf Seite 93, wo explizit vorgeschlagen wird, dass „Subventionen ... gestrichen werden (sollten), wo sie auf den Erhalt unproduktiver Wirtschaftszweige abzielen“ (zuvor wird als Beispiel für eine „überkommene und nicht mehr konkurrenzfähige Industrie“ unter anderem namentlich die Kohlenförderung genannt). Dafür sollen „Subventionen dort eingesetzt werden, wo sie innovativen Branchen auf die Sprünge zur Marktreife helfen ... Verzögerung bedeutet Verteuerung“.

Das sind wohlfeile, aber sehr leichtfertige Ratschläge, die wenig mit Demographie und schon gar nichts mit Ökonomie zu tun haben. Produktive Wirtschaftszweige brauchen ohnehin keine Subventionen. Ob und vor allem in welchem Umfang unrentable Wirtschaftszweige erhalten werden sollen, hängt davon ab, ob ein vom Markt nicht entgoltenes öffentliches Gut produziert wird (zum Beispiel Energieversorgungssicherheit) und ob es ein maßgebliches politisches Allgemeininteresse dafür gibt. Welche Branchen allerdings wann als innovativ gelten können, wird in einer Marktwirtschaft gerade nicht von der Politik und auch nicht von den Demographen entschieden – das tut der Markt selbst und das oft in unvorhergesehener Weise.

Davon, dass die Steinkohlenförderung den Strukturwandel im Revier aufgehalten oder unterdrückt hätte, kann ohnehin keine Rede sein. Bekanntermaßen befindet sich der Steinkohlenbergbau schon seit Jahrzehnten in einem beispiellosen Schrumpfungs- und Umstrukturierungsprozess, dessen Details öffentlich bekannt sind. Die Steinkohlesubventionen sind bereits seit Mitte

der 1990er Jahre stark rückläufig, genauer gesagt: sie sind jährlich inzwischen fast halbiert worden.

Ob der Steinkohlenbergbau hierzulande eine „sterbende Branche“ ist oder nicht, muss sich dabei noch erweisen, jedenfalls hängt das nicht von der Meinung des Berlin-Instituts ab, sondern von den künftigen politischen Entscheidungen, vor allem der Berliner Politik. Geltende Beschlusslage ist ein lebender Bergbau, der nunmehr nach 2005 bis 2012 auf einen Fördersockel (bei deutlich weiter verringerten Subventionen) zurückgeführt wird. Das Produkt Steinkohle als solches hat hierzulande eine stabile, möglicherweise sogar expansive Marktperspektive. Weltweit gilt das für die Kohle sowie die Technologien zu ihrer Gewinnung und Nutzung ohnehin.

Zudem haben die regionalökonomischen Analysen etwa des RWI oder die Prognos-Studie „Interdependenzen von Steinkohlenbergbau und Wirtschaftsstruktur im Ruhrrevier“ aus dem Jahr 1999 gezeigt, dass der Steinkohlenbergbau spätestens seit den 1980er Jahren für die Wirtschaftsentwicklung im Ruhrgebiet (und erst recht in Nordrhein-Westfalen) nicht mehr strukturprägend gewesen ist und deshalb für die anhaltenden Struktur- und Beschäftigungsprobleme anderer Sektoren eben nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann. Er hat die Ansiedlung innovativer Industrien seither keineswegs verhindert, dazu ist sein Anteil zu stark rückläufig. Vielmehr hat der beschleunigte Anpassungsprozess des Steinkohlenbergbaus die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Region zusätzlich verschärft, aus der Perspektive des Reviers ist der Subventionsabbau eher zu schnell als zu langsam gegangen.

In Bezug auf das Saarland, wo der Steinkohlenbergbau und seine Subventionen proportional gesehen eine ähnlich große regionalwirtschaftliche Bedeutung wie im Ruhrgebiet hatten und haben, konstatiert die Studie übrigens einen gelungenen Strukturwandel. Wie passt das mit den Aussagen zum „Ruhrpott“ zusammen?

Als einzige wissenschaftliche Quelle für ihre kohlepolitischen Thesen verweist die Studie auf ein dubioses „Hintergrundpapier“ des Umweltbundesamts (UBA) aus dem Vorjahr, dessen Modellrechnungen nachweislich irreführend waren und daher auch von der Bundesregierung in ihren kohlepolitischen Entscheidungsprozessen des letzten Jahrs nicht beachtet worden sind. Auch hier war die Alternative zu den Steinkohlesubventionen beziehungsweise deren sozialverträglichem Gleitflug ausgeblendet worden: Der regionale Sturzflug mit Milliardenverlusten an Kaufkraft und Entlassungen von hunderttausenden Beschäftigten im Bergbau und dessen Umfeld in die Arbeitslosigkeit und damit fiskalisch gesehen in die Sozialkassen. Das Ruhrrevier hätte bei Streichung der Subventionen sehr viel Geld, das auch dem regionalen Strukturwandel zugute gekommen ist, verloren. Die öffentlichen Hände hätten aber per Saldo keine Mittel gewonnen.

Alle angeblichen Alternativverwendungen der Kohlehilfen, sei es wie beim UBA (und in den Köpfen vieler grüner Politiker) für „ökologische Projekte“ oder wie hier beim Berlin-Institut (und

vielen anderen Interessenten) ausdrücklich zur Förderung von „Innovationen“ beziehungsweise zum „Einstieg in eine moderne Wirtschaftskultur“ – was immer das sein soll –, verfolgen eine ökonomische Schimäre. Freie Mittel aus einem Abbau der Kohlesubventionen würde es erst geben können, wenn der Strukturwandel erfolgreich realisiert und neue rentable Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl geschaffen worden sind, das heißt vielleicht hinterher, nicht aber schon vorher.

Die Studie des Berlin-Instituts prangert neben den absoluten Beträgen überdies die Pro-Kopf-Subventionen im Bergbau an: „Im Jahr 2001 kostete jeder einzelne Steinkohlen-Beschäftigte den Steuerzahler 82 000 EUR.“ Nicht bekannt ist den Autoren anscheinend, dass ein beträchtlicher Anteil der Beihilfen zur Deckung der Stilllegungsaufwendungen sowie der Altlasten des früheren Bergbaus dient, die mit dem Arbeitsplatzverlust direkt gar nichts zu tun haben und die pro Kopf gerechnet sogar umso stärker steigen, je schneller der Subventionsabbau vorangetrieben wird.

Neben den vorgenannten strukturpolitischen und fiskalischen Gesichtspunkten, die von der Studie übersehen worden sind, gibt es stichhaltige energiepolitische Erwägungen, die ebenfalls geflissentlich ignoriert werden: Ohne die Steinkohlesubventionen würde unserem Land ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit der Energie- und Rohstoffversorgung verloren gehen, außerdem gäbe es keinen Zugriff auf die hiesigen Steinkohlevorkommen als größte heimische Energiereserve und keine inländische Absatz-, Entwicklungs- und Referenzbasis für die international führende deutsche Bergbau- und Kraftwerkstechnologie mehr. Speziell die volkswirtschaftlichen Kosten mangelnder Versorgungssicherheit können derzeit an den Auswirkungen der internationalen Kokskrise auf die Stahlindustrie und die gesamte Stahl weiterverarbeitende Wirtschaft in Deutschland studiert werden. Ähnliche Preissteigerungen und Engpässe in der Kraftwerkskohlenversorgung (oder bei „fuel switch“ zu Importgas: in der Erdgasversorgung der Elektrizitätswirtschaft) hätten volkswirtschaftlich noch gravierendere negative Folgen.

Die Ignoranz gegenüber den Neben- und Folgewirkungen bewusst medien-beziehungsweise zeitgeistgerecht aufbereiteter Subventionskritik ist umso verantwortungsloser, als sie in Politik und Öffentlichkeit derzeit auf ein geneigtes Publikum trifft. So hat der FDP-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen die kohlepolitischen Aussagen der Studie sogleich als Beleg für seine Behauptung verwendet, die Steinkohlesubventionen seien die „Hauptursache“ für die Strukturprobleme des Ruhrgebiets. Das hat die Studie in dieser verabsolutierenden Form gar nicht gesagt, aber so und nicht anders kommt es bei manchen an. Immerhin nimmt die Studie selbst nicht für sich in Anspruch, „Patentantworten auf die anstehenden Fragen“ zu liefern. Ihr Anliegen ist es, „nur eine Mischung aus Möglichkeiten (aufzuzeigen), um die Veränderungen abzufedern und die Menschen auf den Wandel vorzubereiten“. Dazu hätte sie allerdings mit den Fakten seriöser umgehen müssen.